



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

M 7 Motion Sager Urban und Mit. über ein Job-Abo für alle Mitglieder des Kantonsrates anstelle von generellen Reisespesen / Staatskanzlei

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Urban Sager hält an seiner Motion fest.

Urban Sager: Heute wurde bereits mehrmals von Eigenverantwortung gesprochen und davon, dass man diese stärken soll. Reisespesen als Rail-Checks lenken unser Mobilitätsverhalten als Kantonsrätinnen und Kantonsräte in Richtung öV, ohne dass wir jemandem verbieten, auch weiterhin mit dem Auto zu Fraktionssitzungen oder Sessionen anzureisen. Die Rail-Checks sind auch in der Freizeit einsetzbar und somit eine Entschädigung, wenn sich jemand entscheidet, weiterhin mit dem Auto an die entsprechenden Sitzungen zu reisen. Wir Kantonsräte sind Influencer und können unsere Bekanntheit nutzen, um andere auf ökologisches Verhalten hinzuweisen. Wir alle sollten zeigen, dass wir unsere Eigenverantwortung wahrnehmen und die Reisespesen in Zukunft in der Form von Rail-Checks erhalten. Ich bitte Sie, meiner Motion zuzustimmen.

Claudia Huser Barmettler: Ein ähnlicher Vorstoss wurde im Kanton Zürich schon vor längerer Zeit erheblich erklärt. Was mir an der Motion besonders gefällt, ist, dass wir niemanden zu etwas zwingen. Die Entscheidungsfreiheit liegt also bei jedem von uns. Wenn wir etwas für das Klima tun wollen, braucht es eine Lenkung, und zwar eine des Verhaltens. Wir müssen ebenfalls ein Zeichen setzen, denn grosse Arbeitgeber wie das Luzerner Kantonsspital oder die Hirslanden Klinik tun das schon. Durch die Auszahlung der Spesen mittels Rail-Checks kommt es zu keiner zusätzlichen Bürokratie, und auch die Staatskanzlei und das Sekretariat Kantonsrat werden entlastet. Bei der Umsetzung des Vorstosses wäre es entscheidend, beim Systemwechsel die Spesen als Bestandteil des Lohnes zu bezahlen. Der öV darf nicht gratis sein, für niemanden, auch nicht für uns Kantonsräte. Es soll sich auch nicht um eine schleichende Lohnerhöhung handeln. Die GLP-Fraktion stimmt der Motion grossmehrheitlich zu.

Daniel Rüttimann: Die CVP-Fraktion anerkennt das Anliegen eines vorbildlichen Verhaltens der Kantonsratsmitglieder betreffend Mobilität. Ich gehe davon aus, dass wir schon heute sensibilisiert mit dieser Thematik umgehen. Wie bereits in der Stellungnahme des Regierungsrates zu den Postulaten P 677 und P 716 ausgeführt, zeigt die Regierung mit der Doppelstrategie auf, dass diverse Massnahmen noch konkret zu prüfen sind. Dann wird sich zeigen, ob eine neue Vergütungsform der Reisespesen sinnvoll und angemessen ist. Unser Rat kann zu dieser Frage zu einem späteren Zeitpunkt nochmals Stellung nehmen und seine Eigenverantwortung wahrnehmen. Somit erachten wir die Motion zum jetzigen Zeitpunkt als nicht notwendig und lehnen sie ab.

Gabi Kurer: Die Motion von Urban Sager hat ungeheures Potenzial. Es ist wichtig, dass wir als Kantonsrätinnen und Kantonsräte mit gutem Beispiel vorangehen.

Eigenverantwortung übernehmen ist wichtig. Es ist günstiger, wenn die Kantonsratsmitglieder mit dem öV oder dem Langsamverkehr unterwegs sind. Wir können selber Eigenverantwortung übernehmen, statt diese immer nur von den anderen zu verlangen. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt der Motion zu.

Urs Brücker: Ich nehme als Minderheit der GLP-Fraktion Stellung. Ich kann die Motion nicht unterstützen. Meiner Meinung nach könnten die Reisespesen gestrichen werden, dann würden mehr von uns mit dem Velo zu den Sessionen anreisen. Mit gutem Beispiel voranzugehen, ist sehr einfach, wenn einem das öV-Billett bezahlt wird. Ich als Velofahrer will kein solches Abo. Für mich würde es sogar eine Lohnkürzung bedeuten. Beim Zürcher Modell kann man auf das Abo verzichten und erhält eine finanzielle Entschädigung in der Höhe der Kosten für das Abo. Ich lehne die Motion ab.

Georg Dubach: Die FDP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab. Wir haben heute einen Mobilitätsbericht bestellt. Der Bericht soll konkrete und umsetzbare Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses enthalten. Ob ein Job-Abo für alle Mitglieder des Kantonsrates anstelle genereller Reisespesen eine Massnahme sein kann, wird in diesem Bericht womöglich aufgezeigt. Es gibt einige Ratsmitglieder, die auf dem Land leben und die nur mit grossem zeitlichem Mehraufwand mit dem öV anreisen können, ich spreche dabei aus eigener Erfahrung. Den Vorschlag von Urs Brücker, die Reisespesen ganz zu streichen, könnte ich ebenfalls unterstützen.

Rolf Bossart: Ich kann mich dem Votum von Urs Brücker anschliessen. Für den Motionär, der in Luzern wohnt, ist es einfach, mit dem öV oder dem Velo anzureisen. Die SVP-Fraktion lehnt eine Bevormundung, wer wie womit zu reisen hat ab und appelliert auch hier an die Eigenverantwortung. Unterschiedliche Ausgangslagen bedürfen verschiedener Fortbewegungsmittel. Die einen können zu Fuss, die anderen mit dem öV an die Sitzungen kommen. Gar einen Vierjahres-öV-Pass oder Ähnliches zu verschenken, ist spannend, jedoch kaum zielführend, von der Administration ganz zu schweigen. Während die einen noch studieren oder sich grossmehrheitlich weiterbilden, sich also wenig in der Arbeitswelt bewegen und sämtliche Leistungen, also auch den öV, vergünstigt oder kostenlos erhalten, dürfen die Berufstätigen vor und nach den Sitzungen und Sessionen sich zu ihren Arbeitsstätten bewegen. Die Berufstätigen sind meistens auf andere Verkehrsmittel als den öV angewiesen. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Ich muss die Haltung der Regierung nicht vertreten, denn es ist eine Angelegenheit Ihres Rates, Ihr Vergütungsreglement festzulegen. In der Stellungnahme haben wir das Beispiel des Kantons Zürich als Diskussionsgrundlage aufgeführt.

Der Rat lehnt die Motion mit 65 zu 33 Stimmen ab.